

Anrede,

seit April diesen Jahres haben wir ein neugewähltes Parlament, seit 86 Tagen einen neuen Bürgermeister. Wir haben in den zurückliegenden Monaten um Lösungen gerungen und Argumente ausgetauscht. Dabei haben wir als Parlament aber auch Sie, Herr Bürgermeister, schon einiges auf den Weg gebracht, das sich in diesem Haushalt für das Jahr 2022 widerspiegelt. Viele Punkte finden unsere Zustimmung, oder um es klar zu sagen: Dass diese Punkte nicht schon im Haushalt 2021 enthalten waren, war einer der Gründe, warum die FDP-Fraktion diesem vor einem Jahr nicht zustimmen konnte. Umso mehr freuen wir uns, wichtige Weichenstellungen für die Zukunft nun im Plan für 2022 zu finden. Daher möchte ich einige hervorheben:

- Die Stärkung der Wirtschaftsförderung, nicht nur durch die Ansiedlung als Stabsstelle direkt bei Ihnen, Hr. Bürgermeister, sondern auch die personelle Ausweitung auf drei Stellen – mit Stadtmarketing. Bedauerlich aus unserer Sicht, dass eine der Stellen durch den kw-Vermerk perspektivisch wieder wegfallen soll
- Gemeinsam haben wir die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes auf den Weg gebracht und die entsprechenden Mittel für die kommenden Jahre eingestellt. Dabei geht es uns sowohl um die viel zitierte Verkehrswende, aber auch um die Anpassung unserer Infrastruktur auf die sich ändernden Verkehrsströme durch die bereits existierenden und in der Umsetzung befindlichen Neubaugebiete und Gewerbeansiedlungen – Gewerbepark und Amazon, um nur zwei Stichpunkte zu nennen.
- Klimaschutz, mit dem Ziel der Klimaneutralität unserer Stadt in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität. Die gemeinsam auf den Weg gebrachte Förderung gebäudebezogener Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, für die Mittel im Haushalt vorgesehen sind, geht nicht zuletzt auf unsere Initiative einer Zisternensatzung zurück
- Wir alle haben gehofft, heute mit der Bekämpfung der Pandemie schon weiter zu sein. Um die Auswirkungen auf unser Gewerbe, die Vereine und die Bildung in Angriff zu nehmen, hat das Parlament unter dem Titel „Neustart nach Corona“ unter anderem Runden mit den Vereinen aber auch den Austausch mit Gewerbetreibenden initiiert. Der Bericht führt einige hervorragende Ergebnisse auf, wie den weiterhin bestehenden regelmäßigen Austausch zwischen Verwaltung und Vereinen, oder aber auch den Tag des Sports, für den Mittel in 2022 vorgesehen sind.
- Ebenfalls Mittel sind eingestellt zur Überarbeitung der städtischen Homepage und für die Entwicklung der angedachten Friedrichsdorf-App. Gerade die städtische Homepage lag uns schon lange schwer im Magen, aus unserer Sicht besteht hier deutlich Potential, um den Online-Auftritt benutzerfreundlich, niedrigschwellig und modern zu gestalten.
- Erneute Mittel stehen für das Streaming, die Online-Übertragung und Aufnahme der Parlamentssitzungen, zur Verfügung. Wir freuen uns, dass es uns im neugewählten Parlament gelungen ist, hier einen Konsens zur Umsetzung zu finden, um so die Sitzungen transparenter, zugänglicher zu machen. Wir sind gespannt auf die konkrete Umsetzung.
- Auch wenn dafür keine Mittel im Haushalt stehen, möchte ich zwei weitere Initiativen hervorheben:
 - Die schon vor Wochen erfolgte Einrichtung des mobilen Impfzentrums im Rathaus war vorausschauend und vorbildlich. Als viele Kommunen das noch nicht auf dem Schirm hatten, haben Bürgermeister, Magistrat und Verwaltung gehandelt. Der Erfolg gibt Ihnen Recht und findet endlich auch Nachahmer. Nicht nur die mittlerweile auf diesem Wege über tausend geimpften Bürgerinnen und Bürger profitieren davon. Auch unsere Stadtgesellschaft in Summe durch erhöhten Schutz

von Gesundheit und Leben. Das war und ist nicht ohne Mehraufwand und persönlichen Einsatz möglich – Herzlichen Dank dafür!

- Ebenfalls erwähnen möchte ich die Einrichtung einer Pop-Up-Gastronomie im Forum, die Bereitschaft des Magistrates hier etwas Neues auszuprobieren. So bietet die zeitweise Bewirtschaftung sicherlich eine Bereicherung über Köppern hinaus.

Die Debatten im Parlament wären jedoch nicht so lebhaft gewesen, wenn wir nicht auch bei einigen Themen nach Abwägung der Argumente zu einem anderen Ergebnis gekommen wären als Sie meine Damen und Herren der anderen Fraktionen, insbesondere der Mehrheitsfraktionen:

- Wie schon ausgeführt, unterstützen wir die Mobilitätswende mit dem Ausbau eines attraktiven ÖPNV. Nach wie vor kritisch sehen wir jedoch die neue Linie 56. Da nach den Ergebnissen unserer Anfrage dazu noch keine Zahlen vorliegen, bleibt der subjektive Eindruck, dass die Linie deutlich weniger genutzt wird als die anderen Buslinien in Friedrichsdorf. Vor dem Hintergrund der erheblichen Kosten in Höhe von T€ 370 p.a. stehen für uns Nutzen und Aufwand nicht im Verhältnis, daher können wir dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke nicht zustimmen.
- Einen großen Raum hat in unseren Beratungen der Neubau der KiTa „An der Bleiche“ eingenommen. Auch wenn wir uns angesichts der teils emotionalen Debatten vorgenommen haben, unseren Beitrag zu leisten um insgesamt verbal abzurufen: In der Sache bleiben wir auf unserem Standpunkt, den wir übrigens von Anfang an vertreten. Schon der Entscheidung zu Strategie 2 – also für den Neubau an der Bleiche hat die FDP nicht zugestimmt. Und das nicht ganz unbegründet, wenn wir in den Haushalt schauen. War seinerzeit (in 2019, also vor gar nicht langer Zeit!) die Strategie 2 mit 3,2 Mio. noch die günstigste Variante, werden jetzt bereits für 2022 und 2023 Mittel in Höhe von 5,2 Mio. veranschlagt – weitere Steigerungen nicht ausgeschlossen.

Anrede,

aus unserer Sicht ist eine ausführliche Debatte und Auseinandersetzung mit dem Haushalt 2022 angebracht. Angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen aber auch des erheblichen Defizites bei Vorlage mit über 11 Mio. Euro sowie einer nahezu Verdreifachung der Verschuldung von 2020 bis 2025 darf eine Haushaltssitzung des Hauptausschusses und Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung auch mal länger dauern. Wann, wenn nicht bei solchen Zahlen und Herausforderungen?

Der Ergebnishaushalt zeigt bei Einbringung ein Defizit 11 Mio. – wie gehen wir damit um? Der Magistrat plant mit dem vorgelegten Haushaltssicherungskonzept Steuer-Erhöhen - bei den Grundsteuern um 75%, bei der Gewerbesteuer immerhin 12%.

Steuererhöhungen sollten aus unserer Sicht aber nur das letzte Mittel sein - zumindest aber erst vorgenommen werden, wenn vorher andere Wege geprüft und als nicht tragfähig befunden wurden.

Der vom Magistrat vorgelegte Haushalt spricht im Vorbericht davon, dass Friedrichsdorf kein Einnahmeproblem hat (S. 34) – um zwei Sätze später von „dringend notwendigen Steuererhöhungen“ zu sprechen – aus unserer Sicht ein Widerspruch, den Sie in den Beratungen nicht auflösen konnten. Und auch die Argumente für die „dringend notwendigen Steuererhöhungen“ bleiben Sie – der Magistrat und die Fraktionen, die dem Haushalt im Ausschuss zugestimmt haben - schuldig.

Häufig ist es so: Wenn man davon spricht, dass kein Einnahmeproblem besteht, kommt man zum Schluss, dass es also ein Ausgabenproblem sein muss. Also Sparen?

Nach intensiver Beratung zum Haushalt 2022 kommt die FDP-Fraktion zum Schluss, dass wir weder ein Einnahme- noch ein Ausgabenproblem haben, sondern ein Planungsdefizit.

In den vergangenen Jahren konnte für die Stadt Friedrichsdorf immer ein besserer Jahresabschluss festgestellt werden als geplant. Auch der Finanzzwischenbericht zum 3. Quartal lässt für 2021 ein besseres Ergebnis im Vergleich zur Planung i.H.v. aktuell 7,5 Mio. erwarten. Das möchte ich an zwei Beispielen verdeutlichen:

- Die Gewerbesteuer entwickelt sich 2021 besser als geplant – die Einzahlungen einschließlich Q3 liegen bei 13 Mio., also auf dem Niveau wie für Gesamt 2021 geplant – bei Annahme von Einnahmen in Q4 auf dem Niveau von 2020 mit 4 Mio. wären dies in Summe 17 Mio., und damit mehr als der Haushalt für 2022 vorsieht. Sie planen also mit einem Rückgang der Gewerbesteuer – angesichts zu erwartender Nachzahlungen und weiterer wirtschaftlicher Erholung ist das aus unserer Sicht nicht realistisch
- Unseren Antrag auf Erhöhung der Planwerte für die Erträge aus Gewerbesteuer und damit für eine realistischere Planung haben Sie abgelehnt
- Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen weisen laut Finanzzwischenbericht Minderausgaben von 2,7 Mio. aus – bis jetzt. Die Jahresabschlüsse bis 2020 liegen vor – gegenüber diesen Abschlüssen sehen die Planungen für 2021 eine Steigerung um 2,5 Mio. vor – laut Finanzzwischenbericht werden diese zusätzlichen Mittel folglich nicht benötigt. Für 2022 ist trotzdem eine weitere Steigerung darüber hinaus um 500.000 vorgesehen.
- In den Haushaltsberatungen hat die FDP dazu zahlreiche Anträge gestellt – einigen sind Sie gefolgt, so wurden die Planansätze um ca. 200.000 € reduziert, vielen Anträge haben Sie aber auch nicht zugestimmt. Natürlich lässt sich inhaltlich immer begründen, warum jetzt gerade an dieser Stelle die Planansätze nicht gesenkt werden dürfen – Fakt ist: In Summe bleiben die Ansätze zu hoch und die Mittel werden nicht verausgabt werden
- Dabei geht es noch gar nicht um Sparen – wir haben zum Ergebnishaushalt keinen Antrag gestellt, um inhaltlich an einer Stelle zu kürzen, sondern es ging lediglich darum den höheren Planansatz im Vergleich zu den Ergebnissen 2020 und 2019 zu reduzieren
- Diese erhöhten Ansätze sind aus unserer Sicht zwar falsch aber zunächst unkritisch für 2022: wir werden wahrscheinlich mehr Gewerbesteuer einnehmen und gleichzeitig weniger ausgeben als geplant. Das Defizit wird nicht ganz so hoch ausfallen, im Jahresabschluss müssen wir weniger aus Rücklage entnehmen
- Spätestens 2023 wird das zum Problem: wenn wir dann wieder so planen und gleichzeitig die Grund- und Gewerbesteuern erhöhen, ist wiederum ein deutlich verbesserter Jahresabschluss zu erwarten. Der dann erzielte Jahresüberschuss wandert in die Rücklagen.
- Dann müssen Sie den Bürgern und Gewerbetreibenden erklären, dass die Steuererhöhungen in den Sparstrumpf wandern
- Das ist insbesondere aus vier Aspekten kritisch:
 - Die höhere Grundsteuer B trifft alle, über die Umlage in den Nebenkosten auch die Mieterinnen und Mieter, unabhängig von der Leistungsfähigkeit, das konterkariert alle Anstrengungen, bezahlbaren Wohnraum in Friedrichsdorf zu schaffen
 - Die Grundsteuer A trifft die Landwirte, die jetzt schon deutlich über dem Schnitt in Hessen und dem Hochtaunuskreis belastet werden. Wir brauchen unsere Landwirte für die Pflege der Kulturlandschaft, sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Eine moderne Landwirtschaft, naturnah und nachhaltig, braucht

- Investitionen, mit den massiven Erhöhungen engen Sie den finanziellen Spielraum unserer Landwirte erheblich ein
- Wenn Sie, Herr Bürgermeister, Ihren Anspruch, Friedrichsdorf als modernen Wirtschaftsstandort zu festigen, ernst nehmen, steht das im Widerspruch zu den geplant hohen Gewerbesteuersätzen – über den Durchschnitt in Hessen und dem Hochtaunuskreis und damit unmittelbarer Standortwettbewerber. Damit gefährden Sie Arbeitsplätze und auch Steuereinnahmen in Friedrichsdorf. Die Erfahrung zeigt, die Wirtschaft nimmt die geplanten Erhöhungen vorweg. Hoffentlich erfüllen sich so die von Ihnen prophezeit schlechteren Einnahmen durch die angekündigte Erhöhung nicht von selbst.
 - Besonders ärgerlich: Große Teile der Steuererhöhungen gehen dann auch noch weg: mehr als 54% der Steuermehreinnahmen müssen als Kreis- und Schulumlage abgeführt werden. Wir müssen also Steuern um 10 Euro erhöhen, um 4,50 Euro für den Ausgleich unseres Defizites zu haben
 - Wie gesagt: die Steuererhöhungen sind nicht nötig, um inhaltliche, wichtige Zukunftsprojekte zu finanzieren oder wegbrechende Einnahmen zu kompensieren, sondern um erhöhte Planungsansätze auszugleichen
 - Das Defizit sinkt nach den aktuellen Zahlen von 2022 auf 2023 um 8,4 Mio., davon kommen 4,3 Mio. aus Steuererhöhungen, jeweils 50/50 aus Grundsteuer und Gewerbesteuer. Es muss also das Ziel aller Beteiligten sein, 4,3 Mio. zu finden, um die geplanten Steuererhöhungen zu vermeiden
 - Sie kennen uns, wir bleiben da hartnäckig, aber nicht verbohr. Wir lassen uns durchaus überzeugen. Auch wenn wir viele Anträge im HFWD gestellt haben: wir haben mindestens genauso viele nicht gestellt, weil uns die Antworten auf unsere Nachfrage zu Steigerungen überzeugt hat.

Anrede,

- Lassen Sie uns gemeinsam in 2022 daran arbeiten, die Steuererhöhungen zu vermeiden
- Geben Sie sich und uns dafür ausreichend parlamentarischen Raum, um in den Ausschüssen wie auch in der Stadtverordnetenversammlung Argumente auszutauschen und abzuwägen
- Wir wünschen uns für 2022: seien Sie mutiger, reduzieren Sie die vielen Sicherheitsreserven, die noch immer im Haushalt enthalten sind. Ja, wir haben Anträge zur Reduzierung von 2.000 € p.a. gestellt. Das kann man belächeln. Aber 5x2.000 machen in Summe in etwa einen Prozentpunkt bei Grundsteuer B aus. Daher ist für uns auch der Blick auf vermeintlich kleine Beträge der Mühe wert
- Trauen Sie Friedrichsdorf als Wirtschaftsstandort mehr zu, unser Gewerbe ist gut aufgestellt, davon wird unsere Stadt auch ohne Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes profitieren
- Neben der skandalösen Heimatumlage, die für uns einen unzulässigen Griff in die Kasse der Kommunen darstellt, ist es untragbar, dass das Land nur 17% der Kosten aus Kinderbetreuung trägt. Kinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, da stehen wir als FDP auch ohne Wenn und Aber dahinter. Aber es kommen immer mehr gesetzliche Vorgaben und Standards von Bund und Land, allerdings ohne die angemessene Beteiligung an den Kosten. Die bleiben zu über 70% an der Stadt hängen. Der Gesetzesanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen winkt schon am Horizont. An dieser Stelle brauchen wir eine deutliche Trendwende der schwarz-grünen Landesregierung in Wiesbaden.
- Es ist gut, dass wir gemeinsam verabredet haben, die Struktur der KiTa-Gebühren in 2022 nochmal in Ruhe aufzugreifen

- Gleiches sollte auch für andere Bereiche gelten, um den Kostendeckungsgrad der Gebühren zu überprüfen
- Ich zitiere den Landesrechnungshof in seinem Kommunalbericht 2021: „Um einnahmschwächere Haushalte ausgleichen zu können, sollten selbstgesetzte Standards hinterfragt sowie Chancen der Interkommunalen Zusammenarbeit und der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen genutzt werden.“
- Perspektivisch brauchen wir mehr interkommunale Zusammenarbeit: Der jährliche Bericht des Magistrates dazu verweist nur auf die Vergabestelle und sonst auf Argumente, warum es an anderer Stelle nicht geht. Im Zuge der Digitalisierung und der zu erwartenden Altersfluktuation in den Verwaltungen sollten wir die Chance zu mehr Zusammenarbeit nutzen. Lassen Sie uns gemeinsam in 2022 einen neuen Anlauf nehmen, quasi der Interkommunalen Zusammenarbeit einen Booster verpassen

Denn wir alle wollen doch die Zukunftsthemen unserer Zeit – Bildung, Klimaschutz, Digitalisierung, Integration – meistern, Friedrichsdorf besser machen, als modernen Standort für Wohnen, Bildung und Wirtschaft aufstellen.

Schließen möchte ich, indem ich stellvertretend für die FDP-Fraktion Dank sage:

- Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen für Ihre Geduld mit uns, für Ihr – zuweilen – offenes Ohr für unsere Argumente und Ideen
- Herrn Stadtverordnetenvorsteher Brücks für die sachliche, ruhige Leitung der nicht immer einfachen Sitzungen des Parlamentes und ihren ehrlichen Versuch, die Zusammenarbeit in diesem Haus zu verbessern
- Ihnen, Herr Bürgermeister für den frischen Wind der ersten 86 Tage, für Ihre offene Kommunikation, die vielen Initiativen und Ideen, die Sie schon auf den Weg gebracht haben. Wir sind gespannt auf die weitere Zusammenarbeit
- Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung sowie darüber hinaus z.B. in den Kinderbetreuungseinrichtungen oder den Stadtwerken. Uns allen ist bewusst, dass die Auswirkungen sowie die Bekämpfung der Pandemie gerade auch von der öffentlichen Verwaltung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kinderbetreuungseinrichtungen einen besonderen Einsatz abverlangt – und das bei erheblichem Risiko für die eigene Gesundheit. Ihre Arbeit gilt es in dieser Zeit besonders zu würdigen – Herzlichen Dank dafür!

2021 war für viele von uns ein aufregendes Jahr – freuen wir uns auf 2022 – vor allem bleiben Sie gesund. Vielen Dank!

25.11.2021

Jochen Kilp

Vorsitzender FDP-Fraktion